



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss f. Wirtschaft, Beschäftig.,
Digitalis., Gesundheit -

Bereich Wirtschaft/Beschäftigung Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 11. November 2025

Vorlagen-Nr. 25-F-22-0100

Gewerbebeflächenmangel in Wiesbaden - Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 05.11.2025 -

Der Wiesbadener Kurier berichtet in seiner Ausgabe vom 29. Oktober ausführlich über den anhaltenden Mangel an Gewerbebeflächen in Wiesbaden. Mit einem Anteil von nur rund fünf Prozent an der gesamten Stadtfläche verfügt Wiesbaden im Vergleich zu anderen Städten über ein ausgesprochen knappes Gewerbebeflächenangebot. Zahlreiche Betriebe signalisieren bereits, dass sie aufgrund fehlender Erweiterungsmöglichkeiten abwandern oder sich gar nicht erst ansiedeln können.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, mit welchen Maßnahmen der Magistrat beabsichtigt, dieser Situation zu begegnen und wie bestehende oder künftig freiwerdende Flächenpotenziale strategisch genutzt werden sollen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. welche Maßnahmen der Magistrat ergreift, um dem in Wiesbaden bestehenden Mangel an Gewerbebeflächen entgegenzuwirken und den Wirtschaftsstandort nachhaltig zu stärken.
2. welche kurz-, mittel- und langfristigen Planungen bestehen, um neue Gewerbebeflächen zu schaffen oder bestehende Flächenpotenziale besser zu nutzen.
3. welche konkreten Planungen für die Nachnutzung der freiwerdenden Liegenschaften des Bundeskriminalamts im Stadtgebiet bestehen (z. B. des Standorts an der Äppelallee). Sind diese Flächen - insbesondere im Bereich der Äppelallee - ganz oder teilweise für eine künftige gewerbliche Nutzung vorgesehen?
4. wie der Magistrat insgesamt die Flächenverfügbarkeit in Wiesbaden im Hinblick auf künftige wirtschaftliche Entwicklung, Neuansiedlungen und Arbeitsplatzsicherung bewertet.

Beschluss Nr. 0108

1. Die mündlichen Ausführungen von Frau Bürgermeisterin Hinninger, Frau Knetsch (Dezernat II) und Herrn Strobach (Stadtplanungsamt) werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag ist durch Aussprache erledigt.

Herr Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2025

Lucas Schwalbach
stellv. Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .11.2025

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .11.2025

Dezernat I und Dezernat II
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister